

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE.

Hannover, den 06.02.2009

Auswirkungen der vor allem in den Konjunkturpaketen I und II verankerten Steuersenkungen auf die kommunalen Verwaltungshaushalte in Niedersachsen

In den Konjunkturpaketen I und II sind neben der Förderung öffentlicher Investitionen, vor allem der Städte, Gemeinden und Landkreise, gleichzeitig Maßnahmen für Steuersenkungen verankert. Rückwirkend zum 1. Januar 2009 soll der Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommensteuer um 170 Euro auf 7.834 Euro angehoben werden. Ab 2010 steigt er auf 8004 Euro. Der Eingangssteuersatz sinkt ab Januar 2009 von 15 Prozent auf 14 Prozent. Um die sogenannte kalte Progression abzufachen, werden die Tarifeckwerte ab 2009 um 400 Euro verschoben und 2010 noch einmal um 330 Euro. Verbessert wird ab 2009 die steuerliche Abzugsfähigkeit von Handwerkerleistungen. Bereits wieder eingeführt ist die steuersenkende degressive Abschreibung bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens. Dazu kommen erhebliche Reduzierungen der Lohnsteuer aus der Wiedereinführung der Pendlerpauschale bis zum 20. Entfernungskilometer.

All diese steuersenkenden Vorhaben führen zu erheblichen Einnahmeausfällen bei den öffentlichen Haushalten, darunter in den Kommunalhaushalten. Ein bedeutender Teil bereits eingeplanter Einnahmen der öffentlichen Haushalte, darunter der Kommunen, wird nach Meinung vieler Experten wegbrechen.

Eine Ende Januar 2009 veröffentlichte Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hat dazu Folgendes ergeben:

Im Jahr 2009 dürften den Kommunen aus den Konjunkturpaketen bundesweit zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von voraussichtlich 6,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2010 könnten es noch einmal 5,8 Milliarden Euro sein. Doch gleichzeitig verursachen die genannten Steuersenkungen in den Konjunkturpaketen sowie die Wiedereinführung der Pendlerpauschale bis zum 20. Entfernungskilometer massive Steuerausfälle bei den Kommunen.

Angesichts der Tatsache, dass die Kommunen in den meisten Bundesländern über den kommunalen Finanzausgleich auch von den Steuereinnahmen des jeweiligen Landes abhängig sind, beziffert das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung die kommunalen Mindereinnahmen in diesem Jahr bundesweit insgesamt auf 1,9 Milliarden Euro und im Jahr 2010 sogar auf 3,4 Milliarden Euro. Damit würden den Kommunen in diesem Jahr 30 Prozent der zusätzlichen Investitionsmittel gleich wieder entzogen, im kommenden Jahr wären es, der Hans-Böckler-Stiftung zufolge, sogar annähernd 60 Prozent. Würden - so die Untersuchung der Stiftung weiter - die von der Bundesregierung für das Jahr 2010 vorgesehene steuerliche Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung dazu gerechnet, verlören die Kommunen bundesweit im Jahr 2010 sogar fast 80 Prozent der zusätzlichen Investitionsmilliarden.

All das widerspräche den Zielen der Konjunkturpakete, die Investitionsimpulse möglichst ungeschmälert vor Ort ankommen zu lassen.

Zu den genannten Einnahmeausfällen kommunaler Verwaltungshaushalte aus Steuersenkungen des Bundes kommen die sich bereits abzeichnenden weiteren konjunkturell bedingten Verluste für die Städte und Gemeinden vor allem bei der Gewerbesteuer. So hat VW der Stadt Hannover angekündigt, ihre Gewerbesteuer-Vorauszahlungen vorerst einzustellen. Dadurch fallen womöglich mehr als 25 Millionen Euro aus, und das nicht nur in diesem Jahr, sondern solange, bis sich Banken, Versicherungen, Autozulieferer, Mittelständler von der Rezession wieder erholt haben (siehe Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.01.2009, S. 14). Auch die Continental AG hat der Stadt

Hannover angekündigt, ihre Gewerbesteuer-Vorauszahlungen sofort einzustellen. Ähnliche Einschätzungen liegen auch aus anderen Städten und Regionen Niedersachsens vor.

Aus all dem geht hervor, dass sich abzeichnet, dass die den Kommunen bereitgestellten zusätzlichen Investitionsmittel in Höhe von etwa 12,1 Milliarden Euro - bundesweit - durch die in den Konjunkturpaketen I und II selbst verankerten Steuersenkungen, weitere steuersenkende Vorhaben der Bundesregierung sowie durch die konjunkturell bedingten Steuerausfälle von Städten und Gemeinden, insbesondere bei der Gewerbesteuer, in hohem Maße wieder verloren gehen.

Vor dem Hintergrund dieser Situation fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beziffert sie die Auswirkungen der in den Konjunkturpaketen I und II verankerten Steuersenkungen auf die Verwaltungshaushalte niedersächsischer Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 im Vergleich zu den den Kommunen jeweils zusätzlich zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln beider Jahre?
2. Welche Einschätzung trifft sie zu den zu erwartenden konjunkturell bedingten Einnahmeausfällen niedersächsischer Städte und Gemeinden in diesem Jahr, insbesondere der Gewerbesteuer?
3. Welche Schritte wird sie veranlassen, um die mit den Steuersenkungen der Konjunkturpakete I und II sowie den sich abzeichnenden konjunkturell bedingten Steuerausfällen einhergehenden massiven Belastungen für die Verwaltungshaushalte niedersächsischer Kommunen, bei gleichzeitiger Sicherung von deren Investitionsstrategie, im Zusammenwirken mit der Bundesregierung und Regierungen der anderen Bundesländer auszugleichen?

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin